

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 24

Vorwort: Liebe Leser
Autor: Steinacher, Jürg L.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

LIEBE LESER

Dr. Buthelezi: Wir wissen in der IFP, dass wuchernde Armut überall die Demokratie zerstört, und wir wissen, dass die sozialistische Planwirtschaft das Übel überhaupt nicht heilen kann. Wir wissen, dass freies Unternehmertum und Marktwirtschaft ein optimales System darstellen, um den Ländern Eigenständigkeit zu gewähren und Wohlstand zu schaffen. Wir wissen aber auch, dass in unserer Lage die beste Kombination von Demokratie und Marktwirtschaft für die absehbare Zukunft keine Wunder zu vollbringen vermag. Denn angesichts der Bevölkerungsexplosion mit einer jährlichen Geburtenrate von 3 % muss leider damit gerechnet werden, dass die Ärmsten der Armen in den kommenden Jahren noch ärmer werden. Letztlich wird einzig der zunehmende Wohlstand die Geburtenrate senken.

Wir wissen, dass diese harten Tatsachen politische Probleme mit sich bringen. Wir wissen aber auch, dass wir uns mit Offenheit diesen harschen Realitäten stellen müssen und ein momentanes Buhlen um die Wählergunst mit Versprechungen des Unmöglichen unausweichlich bloss ein Verschlimmerung der Probleme bewirken würde.

Zeitbild: Wo legt in dieser schwierigen Lage die IFP die politischen Schwerpunkte?

Dr. Buthelezi: Die IFP steht ein für den demokratischen Rechtsstaat mit garantierten Freiheitsrechten. Wesentlich ist als Grundlage das Vielparteien-System, was bedeutet, dass für alle Zukunft verfassungsmässig verhindert wird, dass in Südafrika eine einzige Partei die Macht im Staate monopolisiert. Im Interesse einer besseren Einbeziehung des Volkes befürworten wir auch eine vertikale Dezentralisierung der Macht auf die Ebene von Regionen und Gemeinden. Ein



besonderes Gewicht messen wir der Verfassungsgerichtsbarkeit zu. Den regionalen Regierungen ist eine angemessene Steuerhoheit zur Finanzierung ihrer eigenen Aufgaben abzutreten. Ein Zweikammersystem ist anzustreben, um den Minderheitenschutz zu gewährleisten.

Leider bleibt in der heutigen Situation zu vermuten, dass kaum eines dieser Ziele realisiert werden kann, solange die Versöhnung unter den verschiedenen Rassen nicht stattfindet. Gewalt und Macht versöhnen nicht, und der ANC geht völlig fehl in der Annahme, dass mit einer «Alles-oder-nichts»-Politik die Probleme unseres Landes gelöst werden können. Eine wahre Politik des Wandels bedeutet viel mehr als die Anhäufung von Macht in einer Hand. Deshalb streben wir entschieden ein verfassungsmässig verankertes Vielparteiensystem an, das erlaubt, nach dem Willen des Volkes die Regierung auszuwechseln.

Zeitbild: Wie sehen Sie die Rolle der IFP bei den bevorstehenden Vielparteienverhandlungen?

Dr. Buthelezi: Grundsätzlich wollen wir dafür sorgen, dass die Verhandlungen mehr darstellen, als eine blosser Diskussion über Modalitäten zwischen dem ANC und der Regierung zur Übergabe der Macht. Jede teilnehmende Partei soll unabhängig ihren eigenen Standpunkt einbringen können. Voraussetzungen für den Erfolg sind Versöhnungswille, Verzicht auf Gewalt und eine allseitige Kompromissbereitschaft. So sollte es möglich werden, noch vor Mitte Dezember mit den Verhandlungen zu beginnen. Wir glauben, dass eine derartige Vielparteien-Konferenz im Laufe der Zeit letztlich auch die neue Verfassung erarbeiten könnte. In diesem Verhandlungsprozess während der Übergangsphase bis zu den ersten freien Wahlen könnte die Konferenz auch Weisungsbefugnisse zuhanden der Regierung wahrnehmen. Die IFP lehnt also einen Verfassungsrat oder eine Übergangsregierung ab. Wir sehen die heutige Regierung als beste ausführende Behörde für die Übergangszeit, weil die von ihr durchgeführten Reformen irreversibel sind und die eingeleiteten Massnahmen von Präsident de Klerk und seiner National Party eindeutig den Weg Südafrikas in die offene Gesellschaft freigeben. ■

Im letzten Frühling, nachdem der Alliierten-Einsatz im Golfkrieg die verbliebenen Reste der Friedensbewegung nochmals auf die Strassen trieb – Kinder voran – schrieb ich im Zeitbild u. a. folgende Bemerkung zu diesem Phänomen: «Friedensbewegungen waren und sind nicht mehrheitsfähig, weil ihr Moralismus sie ungläubwürdig macht.»

Das scheint paradox. Doch es gibt einen Unterschied zwischen Moral und Moralismus. Moral ist universal, unteilbar, ein Ganzes. Moralismus ist vorab Ausdruck von Selbstgerechtigkeit und damit subjektiv, auf die eigene Weltanschauung eingegrenzt und damit nur ein Teil vom Ganzen – im schlimmsten Fall einäugig und parteiisch.

Wie wenn es noch weiterer Beweise für die evidente Un-Moral der Friedensbewegung gebraucht hätte, liefern nun Europas Friedensdemonstranten ein klägliches Beispiel dafür, dass ihre lautstarke Friedenspropaganda immer nur plakativ-einseitig war: für Jugoslawien gilt sie offenbar nicht, und gegen die serbisch-kroatische Selbstzerfleischung fehlen die Argumente. Weil die Amerikaner nicht darin verwickelt sind.

Das lässt sich mit Sicherheit sagen: Der Anti-Amerikanismus war die Triebfeder, und nicht Friedfertigkeit. Das gilt natürlich für die Aktivisten, und nicht für die naiven Mitläufer. Das gilt für Leute wie den «Friedensforscher» Galtung, der am Radio DRS die Amerikaner am Golf mit den Nazi in Auschwitz in Bezug bringt.

Das gilt – und das steht jetzt auch dokumentarisch fest – für die grenzüberschreitenden Aktivitäten der deutschen Friedensbewegung (sie hatte auch die schweizerische im Schlepptau). Stasi-Papiere, die soeben auch in Buchform erschienen sind (Sélitrenny/Weichert: «Das unheimliche Erbe», Forum Verlag Leipzig), offenbaren die lückenlose Unterwanderung des ganzen «Netzwerks» – bis hinein in die Gruppen von Gewerkschaften und Kirchen. Wovon auch im Zeitbild jahrelang gewarnt worden war, wird bestätigt: Die Friedensbewegung wurde zugunsten sowjetischer Ziele instrumentalisiert; sie war damit jahrelang nicht nur un-moralisch, sondern auch ein Sicherheitsrisiko.

Jürg L. Steinacher